

## **Bemerkungen zum 1. Entwurf für ein Parteiprogramm der Partei DIE LINKE**

Der Programmentwurf ist insgesamt eine gute Grundlage für die weitere Diskussion in der Linken zu Grundproblemen der heutigen Zeit, ihren Konflikten und Krisen sowie zu einer sozialistischen Systemalternative..

Eine noch unbefriedigend gelöste Frage besteht in der Verbindung der Kritik des gegenwärtigen Kapitalismus mit der Begründung einer realistischen sozialistischen Systemalternative, insbesondere der Wege und entscheidenden Schritte eines Transformationsprozesses. Es werden viele richtige Forderungen auf den verschiedensten Gebieten gestellt, ihre Verknüpfung und gegenseitige Abhängigkeit wird jedoch meist nur unzureichend deutlich. Es müsste versucht werden deutlich herauszuarbeiten, welchen Aufgaben eine Schlüsselstellung zukommt, um einen Politik- bzw. einen Paradigmenwechsel in der ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung zu erreichen, als Voraussetzung für einen Reformprozess der in einen sozialistischen Transformationsprozess übergeleitet werden könnte. Hiermit verbundene Fragen, denen weitgehend zugestimmt werden kann, wurden in den kritischen Beiträgen von Gerhard Armanski (Demokratischer Sozialismus – eine Worthülse) und Michael Heinrich (Kapitalismus und Staat) aufgeworfen.

Die Charakterisierung des Demokratischen Sozialismus als Systemalternative zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert dürfte nicht dabei stehen bleiben, die positiven Werte und Eigenschaften eines demokratischen Sozialismus aufzuzählen, sondern müsste auch auf die Schwierigkeiten und bisher noch nicht überzeugend beantworteten Fragen, wie ihre praktische Realisierung erfolgen soll, hinweisen. Es müsste deutlich werden, dass es sich bei einem sozialistischen Transformationsprozess um ein äußerst komplizierten, komplexen und widersprüchlichen Prozess handelt, der die Bereitschaft und Fähigkeit der Linken einschließt, ständig und rechtzeitig aus Fehlern und missglückten Wegen zu lernen, d.h. auch offen Selbstkritik zu üben und offene Fragen öffentlich zu diskutieren.

Die grundsätzlich richtige und prononcierte kritische Analyse des Kapitalismus wird an einigen Stellen völlig unnötig überzogen, z.B. bei solche Feststellungen, wie „Eine Gesellschaft, in der sich jede Lebensregung rechnen muss „, oder: „Wo vor allem der Profit regiert bleibt kein Raum für Demokratie.“ (Präambel). Es ist dann auch nicht verständlich, warum es beim Beitritt der DDR zur Bundesrepublik „einen Zugewinn an demokratischen Rechten , individueller Freiheit ...“ geben konnte. (Abschnitt 1)

In der gegenwärtigen Diskussion um den notwendigen sozial-ökologischen Umbau und dem damit verbundenen Paradigmenwechsel zu einem neuen Typ wirt-

schaftlicher und sozialer Entwicklung kommt der Problematik des Wirtschaftswachstums eine Schlüsselstellung zu. Die Formulierung hierzu im Programm: „Wir brauchen reguliertes, selektives Wachstum auf der Basis von erneuerbaren Energien“ ist angesichts der Komplexität und Widersprüchlichkeit dieser Problematik unbefriedigend. Es wird auch nichts dazu gesagt, wie „wir“ (wer ist damit gemeint?) zu einem solchen Wachstum kommen und worin seine Konsequenzen bestehen.

Im Programmentwurf ist es noch nicht ausreichend gelungen bei den für eine emanzipative, sozial gesicherte und gerechte, solidarische sowie zukunftsfähige Gesellschaft entscheidenden Forderungen zwischen langfristigen Zielen, deren zeitliche Realisierung heute nicht bestimmt werden kann, und konkreten, mittelfristigen Forderungen zu unterscheiden. So erscheint mir die Forderung, „ der Nahverkehr soll mittelfristig für die Nutzer kostenfrei werden“ (IV.3.) für den Zeitraum der nächsten 10-15 Jahren illusionär zu sein. Die Forderung für die EU „Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.“ ist wenig realistisch nur dann sinnvoll, wenn die hierfür zu schaffenden Veränderungen im Charakter der EU und in dem ihr zugrunde liegenden gesamten Vertragswerk gezeigt werden.